



1. September 2003

Liebe Leserin, lieber Leser,

Der Ihnen hier vorliegende Bericht beleuchtet die Situation tibetischer Flüchtlinge im Jahr 2002 und analysiert den - sich verschlechternden - Trend in der Behandlung tibetischer Flüchtlinge.

Die Herausgabe der deutschsprachigen Ausgabe von "Gefährliche Flucht - Bedingungen tibetischer Flüchtlinge, Aktualisierung 2002" erfolgt fast zeitgleich mit einem erneuten Wendepunkt in der nepalesischen Haltung zu Flüchtlingen aus Tibet.

Nach der skandalösen Deportation von 18 Tibetern zurück nach China in geheimer Absprache mit der chinesischen Regierung am 21. Mai hat die nepalesische Regierung Anfang August 2003 ihre neue Flüchtlingspolitik verkündet. In ihr verspricht sie unter anderem:

- o Nepal wird die Prinzipien des Non-Refoulement (Nicht-Zurückweisen) für Flüchtlinge anerkennen. Nepal wird keinen Asylsuchenden gewaltsam von seinem Boden zurückschicken.
- o Nepal wird dem Hochkommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) ermöglichen, den Status von Asylsuchenden zu überprüfen und die Vorgänge ohne irgendeine Behinderung zu bearbeiten.

Diese offizielle Kundgabe einer neuen Flüchtlingspolitik erfolgte nur aufgrund starker internationaler Proteste von Regierungen und Tibetunterstützergruppen, u.a. aufgrund der Weigerung im US-amerikanischen Kongress, ein Gesetz über zollfreie und quotenfreie Einfuhr von Bekleidung aus Nepal in die USA zu verabschieden, sollte sich Nepal nicht eindeutig für die Einhaltung völkerrechtlicher Grundnormen in seiner Flüchtlingspolitik aussprechen.

Bleibt zu hoffen und darauf hinzuwirken, dass der politischen Erklärung der nepalesischen Regierung die Umsetzung in die Praxis folgt, einschließlich ausreichender Ausbildung ihrer Polizei und der Behörden. Und dass die im Bericht 2002 ausgesprochenen Empfehlungen von ICT für die verbliebene Zeit des Jahres 2003 im Zuge der neuen Politik in Nepal Gehör finden, so dass der Bericht 2003 erfreulicher ausfallen können wird.

Dr. Gudrun Henne
Geschäftsführerin - ICT Deutschland e.V.



	Einführung	1
	Flucht aus Tibet	2
	Nepals veränderte Flüchtlingspolitik	8
	Durchreise durch Nepal	9
Der Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen in Kathmandu		12
	Tibeter in Nepal	14
	Chinas wachsender Einfluss	16
Anzeichen chinesischer Einflussnahme in Nepal		18
	Einreise nach Indien	19
	Das Recht auf Rückkehr	20
Empfehlungen und Leitlinien des Handelns		21
	Anmerkungen	24
	Abkürzungen	25

Der folgende Bericht ist eine Ergänzung des Berichts *“Dangerous Crossing - Conditions Impacting the Flight of Tibetan Refugees in 2001”*, „Gefährliche Flucht: Bedingungen tibetischer Flüchtlinge 2001“. Die International Campaign for Tibet (ICT) hat auf Informationen ihrer Forscher und von Mitarbeitern zurückgegriffen, die in Nepal, Indien und Tibet, sowie von der tibetischen Zentralverwaltung des Dalai Lama in Dharamsala (Indien), dem US-amerikanischen Außenministerium und Kongress, dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) und der örtlichen Presse aus erster Hand gewonnen wurden.

Zum einen wird mit diesem Bericht die Beschreibung der Bedingungen, tibetischer Flüchtlinge auf der Flucht und im Exil aktualisiert. Zum anderen untersucht der Bericht 2002 dauernde Probleme, die von den betroffenen Parteien noch nicht gelöst worden sind. In einigen Fällen wurden Tendenzen oder Umschwünge in der Politik durch neue Informationen klargestellt. Alles in allem dient der Bericht 2002 als Referenz einer Politik und Praxis, die den Weg tibetischer Flüchtlinge in die Freiheit weiterhin zu einer gefährlichen Flucht machen.

Wie schon im Bericht des Vorjahres konzentriert sich die aktualisierte Auflage von 2002 besonders auf die derzeitige Situation in Nepal. Wegen seiner geographischen Lage nimmt Nepal seit 1959 für die Flucht, Durchreise und als Asylland für Tibeter eine Schlüsselrolle ein. Damals folgte die erste der bis zum heutigen Tage andauernden Flüchtlingswellen dem Dalai Lama ins Exil. Der ICT sind die wechselhaften politischen und ökonomischen Kräfte bewusst, die die Situation in Nepal bestimmen – darunter beispielsweise die Verwirrung, die durch die Ermordung der Königsfamilie im Juni 2001 ausgelöst wurde, der Aufstand einheimischer Maoisten und Chinas wachsender Einfluss auf die Regierung des Königreichs Nepal. Die ICT hofft, dass dieser Bericht dazu beiträgt, die Dringlichkeit eines positiven Gegengewichts zu diesen Entwicklungen zu verdeutlichen - denn das Zusammenspiel dieser Kräfte bringt sowohl durchreisende als auch legal in Nepal lebende Tibeter in die Gefahr, unter politischen und sozioökonomischen Restriktionen zu leiden und in einigen Fällen sogar, verhaftet und zurück nach China deportiert zu werden.



Flüchtlinge auf ihrem Weg vom Nangpa-la Pass zum Fuße des Himalaya in Nepal.

Im Jahr 1991 eröffnete das UNHCR ein Büro in Kathmandu und begann damit, Tibeter, die aus Tibet geflohen waren, als „bedrohte Personen“ zu registrieren. Seither wurden jährlich im Durchschnitt 2.500 Tibeter registriert, die das UNHCR um Schutz baten, wobei diese Zahl in einzelnen Jahren weit überschritten wurde. Die Gründe, aus denen Tibeter ihre Heimat verlassen, sind unterschiedlich. Sie können so einfach sein wie der Wunsch, den Dalai Lama zu sehen und so komplex wie das Leben in Tibets moderner Gesellschaft, in welcher der chinesische Einfluss die tibetische Identität zu verdrängen droht und in der grundlegende Freiheitsrechte verwehrt werden.

Abhängig vom Aufbruchsort in Tibet kann die Reise bis zur tibetisch-nepalesischen Grenze Wochen oder Monate dauern. Die meisten tibetischen Flüchtlinge überqueren die hohen Berge des Himalaya auf den häufig genutzten Fluchtwegen. Sie führen meist über den Nangpa-la Pass, der Tibet und Nepal trennt. In den ersten Wochen im Jahre 2002 kursierte die Nachricht von verstärkten chinesischen Kontrollen im Gebiet des Nangpa-la-Passes.² Laut eines Berichts der chinesischen Nachrichtenagentur *Xinhua* im Oktober 2001, „spürten und griffen“ chinesische Polizisten, die in den acht Monaten seit Februar entlang den Grenzregionen arbeiteten „mehr als 2500 Menschen bei dem Versuch, auf die Grenze zu überqueren.“ Diese Anzahl schließt aller Wahrscheinlichkeit nach sowohl Tibeter ein, die aus dem Exil zurückkehrten, als auch Tibeter, die in den Grenzregionen ohne gültige Papiere gefasst wurden. Infolgedessen sank die Zahl der neu aus Tibet eintreffenden Flüchtlinge im Jahre 2001 wesentlich und blieb auch im Jahre 2002 vergleichsweise niedrig, wie das UNHCR feststellte.



Ein Menschenrechtsbeobachter der ICT reist entlang der Route, der tibetische Flüchtlinge aus Tibet nach Nepal folgen.



Die Überquerung dieser offenen Hochebene zwei Tagesreisen von Tibet entfernt ist bei gutem Wetter einfach, kann jedoch bei 30 cm Neuschnee zu einer heimtückischen Falle werden.

Der *Xinhua* Bericht versucht, ein sympathisches Bild der chinesischen Aktivitäten in der Region des Nangpa-la Passes zu vermitteln:

„Während der Kampagne „Hart Zuschlagen“ mussten Offiziere und Männer der tibetischen Grenzkontrollseinheiten eisige Temperaturen und extreme Unannehmlichkeiten ertragen, um ihrer Pflicht nachzukommen, die Stabilität in den Grenzregionen des Mutterlandes zu bewahren. Als Überquerungspunkt war der Nangpa-la-Pass schon immer ein „goldener Pfad“ für Menschen, die versuchten, sich über die Grenze zu stellen. Den Gebirgspaß am Nganpa-la zu kontrollieren ist eine Pflicht, die jede Nacht von den Offizieren und Männern der Einheit wahrgenommen werden muss und die einen zweistündigen Marsch von dem vorübergehenden Lager der Einheit zum Nangpa-la bedeutet. Mit Lederhüten und eingehüllt in dick gefütterte Soldatenmäntel müssen sie durch drei hüfthohe Ströme waten und zwei Berge überqueren, die selbst im Sommer schneebedeckt sind.“³

Xinhua stellte diesen Bericht in Zusammenhang mit Chinas „Hart-Zuschlagen Kampagne“ gegen Kriminalität, die im Frühjahr 2001 wieder aufgenommen wurde. Obwohl sich die „Hart-Zuschlagen“-Kampagne angeblich auf gewalttätige Verbrechen konzentriert, hat sie in Tibet, wo sie an den „Kampf gegen den Separatismus“ gekoppelt wird, eine starke politische Dimension.

Die Nachricht von verstärkten chinesischen Grenzkontrollen erreichte auch die Bergführer, die tibetische Flüchtlinge begleiten, so dass im Jahre 2002 eine wachsende Anzahl Flüchtlinge – manchmal nach einer Pilgerfahrt zum Berg Kailash – die Routen weiter nördlich wählten, die in dem Gebiet von Mustang nach Nepal münden.⁴ Es gab auch Berichte, nach denen tibetische Flüchtlinge direkt über die tibetisch-indische Grenze nach Indien gekommen seien.⁵



Ein Freiwilliger der ICT stellt in einer Hütte in 4.800 Metern Höhe in Nepal erste Hilfe. Überanstrengung, Wassermangel und Erfrierungen sind bei den Flüchtlingen auf dieser Route häufig zu beobachten.



Erschöpfte Flüchtlinge warten in einer Höhe von 4.500 Metern Höhe auf Tee.



Ein Sherpa gießt einer Gruppe tibetischer Flüchtlinge auf der historischen Handelsroute zwischen Tingri in Tibet und Namche Bazaar in Nepal Tee ein.

Sind tibetische Flüchtlinge erfolgreich den chinesischen Grenzkontrollen entkommen und haben die gefährlich hohen Bergketten überquert, sind sie möglicher Verfolgung und Verhaftung auf ihrem Weg von den Grenzregionen nach Kathmandu ausgesetzt. Auf diesem Teil ihrer Reise trafen die Flüchtlinge Berichten zufolge im Jahre 2002 auf weniger nepalesische Polizeikontrollen als in den Vorjahren. Infolge der maoistischen Guerillaanschläge wurden nepalesische Polizeieinheiten in die größeren Städte zurückverlegt und die Armee wurde dafür eingesetzt, die Aufstände zu bekämpfen. Die Einheiten der Polizei und Armee in Thame, wo zuvor Zwischenfälle bekannt geworden waren, bei denen tibetische Flüchtlinge erpresst und geschlagen worden waren, wurden nach Namche Bazaar verlegt, so dass die Flüchtlinge die Stadt meist unbehelligt passieren konnten.

Derzeit liegen keine offiziellen Berichte des UNHCR über Einreiseverweigerungen für Flüchtlinge oder über Zwangsabschiebungen an der Nepal-China-Freundschaftsbrücke vor. An diesem Punkt wird der nepalesischen Polizei von Zeit zu Zeit vorgeworfen, Tibeter an chinesische Grenzwachter auszuliefern, um im Gegenzug kleinere Bestechungsgelder zu erhalten oder andere Vergütungen, wie beispielsweise die Erlaubnis, nach Dram, einer größeren Stadt auf der tibetischen Seite der Grenze, zu reisen.⁶ Angesichts der verstärkten Bemühungen, die Flucht von Tibetern an ihrem Ausgangspunkt zu stoppen, geht die ICT dennoch davon aus, dass dieses Arrangement fortbesteht. Tibeter, denen es erfolgreich gelang, nochmals über die Grenze zu fliehen und wohlbehalten das *Tibetan Refugee Transit Center* (TRTC) in Kathmandu zu erreichen, berichteten von Einreiseverweigerungen an der Grenze.



Vater und Sohn auf dem Weg nach Kathmandu. Oft sind zwei Wochen Fußmarsch und ein Tag Autofahrt oder drei Wochen Fußmarsch erforderlich, um Kathmandu zu erreichen.



Ein großer Teil der tibetischen Flüchtlinge sind Kinder unter 16 Jahren. Manche Eltern versuchen, ihre Kinder nach Indien zu schicken, um ihnen eine bessere oder eine tibetische Ausbildung zu ermöglichen.

Namche Bazaar ist die erste größere Sherpa-Gemeinde in der Solokhumbu-Region nahe des Chomulungma (Mount Everest), die tibetische Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Kathmandu passieren.



Es gab im Jahr 2002 weniger Berichte über Zwischenfälle zwischen tibetischen Flüchtlingen und ansässigen Nepalesen. Wahrscheinlich liegt dies daran, dass die nepalesische Polizei weniger Tibeter ausraubte und diese entsprechend etwas Geld hatten, um sich Essen zu kaufen, anstatt es von nepalesischen Dorfbewohnern stehlen zu müssen, um zu überleben. Menschenrechtsbeobachter der ICT reisten zu den Grenzregionen und hatten die Gelegenheit, Kopien eines Briefes vom Vertreter des Dalai Lama in Nepal zu verteilen. Der viersprachige Brief (in Nepali, Tibetisch, Chinesisch und Englisch) wies tibetische Flüchtlinge an, die nepalesische Kultur zu respektieren, die ansässigen Dorfbewohner nicht anzugreifen oder zu bestehlen und nicht vor der nepalesischen Polizei zu fliehen. Der Brief fuhr fort: „Die nepalesische Polizei wird Euch helfen, Kathmandu und anschließend Indien zu erreichen; die nepalesische Polizei wird Euch nicht nach Tibet zurückschicken.“



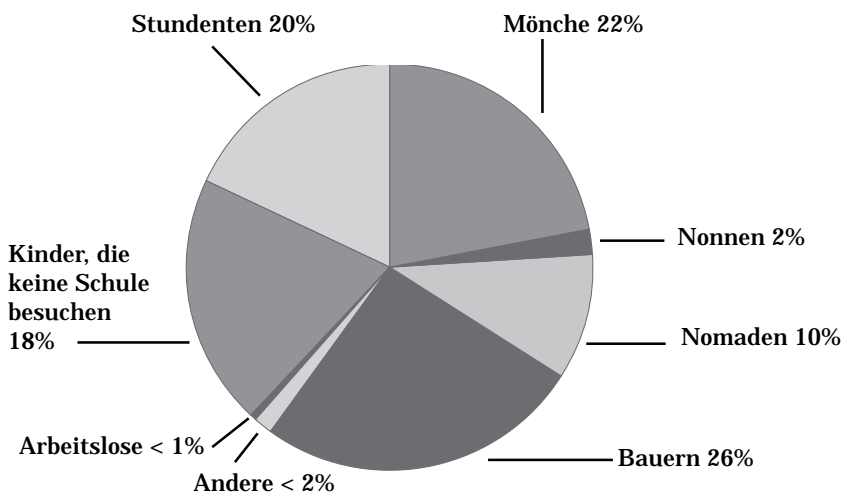
Das Nyalam-Gefängnis an der tibetisch-nepalesischen Grenze. Tibeter, die von der nepalesischen Polizei deportiert oder von chinesischen Grenzwachtern verhaftet werden, verbringen hier oft drei bis vierzehn Tage, bevor sie in die Haftanstalt von Nyari in der Nähe von Shigatse gebracht werden, wo sie oft mehrere Monate im Gefängnis verbringen müssen.

Die meisten tibetischen Flüchtlinge sind so bettelarm, dass sie normalerweise nicht zum Ziel von Erpressungen maoistischer Patrouillen werden. Trotzdem haben sich im Jahre 2002 einige derartige Zwischenfälle mit Maoisten oder ortsansässigen Straßenräubern, die sich als Maoisten ausgaben, ereignet. Die allgemeine Verschlechterung der Sicherheitssituation in ganz Nepal bedeutete auch, dass die Beamten des UNHCR keine Erlaubnis mehr erhielten, Lehrgänge für die nepalesische Polizei in der Grenzregion durchzuführen. In der Vergangenheit hatten sich derartige Lehrgänge als hilfreich erwiesen, um die Erpressung und den Missbrauch von Flüchtlingen zu reduzieren, obwohl ein nepalesischer Grenzbeamter Berichten zufolge Ende 2001 feststellte, dass „sie keine Anweisungen darüber hätten, wie mit den Tibetern zu verfahren sei und dass sie keinen Platz hätten, diese Menschen lange festzuhalten.“⁷

Da die nepalesische Polizei verstärkt kaserniert wurde, begleiteten weniger Polizisten tibetische Flüchtlinge zur Registrierung nach Kathmandu. Dafür zahlt das UNHCR normalerweise Reiseaufwandsentschädigungen für die Polizisten, die jetzt wesentlich geringer ausfielen. Wegen der Intensität der maoistischen Aufstände war die Polizei nicht gewillt, Arbeitskräfte zu opfern oder das Risiko einzugehen, zwischen ihren Grenzposten und Kathmandu mit Flüchtlingsgruppen zu reisen. Die Sicherheitssituation hat auch den Zugang zu Grenzregionen des UNHCR für seine Beobachtungs- und Berichterstattungsarbeit über Zwangsabschiebungen von Flüchtlingen eingeschränkt.

Zusammensetzung

Wie in den vergangenen Jahren war ein wesentlicher Prozentsatz der Neuankömmlinge minderjährig (etwa ein Drittel) oder Mönche und Nonnen (etwa ein Viertel).



Die nepalesische Regierung hatte traditionell eine wohlwollende Haltung gegenüber den tibetischen Flüchtlingen eingenommen – eine großzügige Geste für ein derartig armes Land.⁸ Von 1959 bis Mitte der siebziger Jahre wurde es tibetischen Flüchtlingen erlaubt, in Nepal zu bleiben, allerdings erhielten sie keinen offiziellen Status. Gegen Ende 1974 führte die nepalesische Regierung einen Registrierungsprozess ein und erfasste nahezu 15.000 Flüchtlinge als Einwohner von Nepal. Während der folgenden 15 Jahre wurde die nepalesische Politik von neutraler Duldung geprägt.

Im Jahre 1989, als der Flüchtlingsstrom im Zuge politischer Aufstände in Tibet wieder anstieg, vereinbarte die nepalesische Regierung mit dem UNHCR, daß tibetische Flüchtlinge, die nach dem 31. Dezember 1989 in Nepal eintreffen, keine Erlaubnis erhielten, sich in Nepal niederzulassen. Das UNHCR würde sie jedoch befragen, als „gefährdete Personen“ einstufen und für ihre sofortige und sichere Weiterreise nach Indien sorgen, damit sie sich dort niederlassen könnten. Diese Übereinkunft wurde als das „Gentlemen-Abkommen“ bekannt. Es wurde niemals schriftlich festgehalten oder offiziell geregelt, funktionierte aber über ein Jahrzehnt reibungslos mit vergleichsweise wenig Störfällen. Das Büro des UNHCR in Kathmandu war in der Lage, die Flüchtlinge in routinierter Art und Weise zu empfangen und deren Fälle in Kooperation mit der nepalesischen Einwanderungsbehörde (DOI) abzuwickeln.

Während der letzten vier Jahre schien das „Gentlemen-Abkommen“ von Seiten der nepalesischen Behörden zusammengebrochen zu sein. Ende 2002 war sein Fortbestehen äußerst zweifelhaft. Seit 2001 hatte die nepalesische Regierung zunehmend Tibeter verhaftet: Neuankömmlinge aus Tibet, Tibeter, die aus dem Exil nach Tibet zurückkehren wollten und andere Tibeter, die in Kathmandu oder der näheren Umgebung ohne Papiere aufgegriffen wurden. Mit zunehmender Häufigkeit wurden sie nicht wie in der Vergangenheit an das UNHCR übergeben, sondern wegen Verletzung der Einwanderungsgesetze zu Geldbußen und Haftstrafen verurteilt.

Das UNHCR, das 2002 bereits durch eine Verwaltungskrise stark beeinträchtigt war, wurde zusätzlich von der nepalesischen Regierung in seiner Schutzaktivität eingeschränkt. Die meisten dieser Beschränkungen sind in Zusammenhang mit legitimen Sicherheitsbedenken aufgrund der maoistischen Aufstände zu sehen, aber ihr endgültiges Resultat bedeutet eine zunehmend unsichere Umgebung für tibetische Flüchtlinge, die durch Nepal reisen. In einer ähnlichen und ebenso fragwürdigen Entwicklung hat die nepalesische Regierung die Verfolgung der legal in Nepal lebenden tibetischen Flüchtlingsgemeinde verstärkt. Im Folgenden wird jedes dieser Themen ausführlicher dargelegt.

Da Nepal die internationalen Flüchtlingsprotokolle nicht unterzeichnet hat, können in Nepal ankommende Tibeter als illegale Einwanderer angesehen werden, falls sie nicht Artikel 3 (1) des nepalesischen Einwanderungsgesetzes von 1992 erfüllen. Dieser legt fest, dass „kein Ausländer ohne Visum in das Königreich von Nepal einreisen oder sich dort aufhalten darf“.

2002 registrierte das UNHCR 1265 „bedrohte Personen“, die aus Tibet nach Nepal kamen. Die Zahl der Flüchtlinge ist im Vergleich zu 2001 geringfügig gestiegen, ist jedoch deutlich kleiner als in den vorhergehenden Jahren. In den letzten beiden Jahren konnte die ICT zwei Entwicklungen feststellen, die miteinander in Zusammenhang stehen und die eine Verringerung des Flüchtlingsstroms verursachen: Die zunehmenden Anstrengungen der chinesischen Behörden, Tibeter vor der Grenzüberquerung zu ergreifen und die härtere Haltung Nepals gegenüber den tibetischen Flüchtlingen.

Wie bereits erwähnt existiert seit 1989 eine ungeschriebene Übereinkunft, das „Gentlemen-Abkommen“ zwischen der nepalesischen Regierung und dem UNHCR, das den Tibetern die Durchreise durch Nepal und eine schnelle Weiterreise nach Indien erlaubte. Im Zuge dieses Abkommens wurden tibetische Flüchtlinge, die bei ihrer Ankunft in Nepal von der Polizei verhaftet wurden, regelmäßig an das UNHCR übergeben – entweder direkt oder durch die DOI. Durch einen Schutzfond des UNHCR, der von den US-amerikanischen Regierung finanziert wird, konnte tibetischen Flüchtlingen bis zu ihrer Abreise mit dem Bus nach Indien im TRTC in Kathmandu Zuflucht geboten werden.

Wie im Jahr 2001 gab es auch 2002 wieder besorgniserregende Zwischenfälle, in denen nepalesische Behörden das „Gentlemen-Abkommen“ missachtet und in einzelnen Fällen sogar seine Existenz geleugnet haben. Es wird deutlich, dass dieses Abkommen und die damit zum Ausdruck gebrachte historische Toleranz gegenüber tibetischen Flüchtlingen jetzt den notwendigen politischen Rückhalt seitens der derzeitigen nepalesischen Regierung entbehren. Insbesondere die DOI hatte Mitarbeitern der ICT und Forschern im Dezember 2002 mitgeteilt, dass sie durch kein derartiges Abkommen gebunden sei und dass sie damit fortfahren werde, „das Gesetz durchzusetzen“. Letzteres bedeutet im Kern die Gefangennahme und Inhaftierung tibetischer Flüchtlinge als illegale Einwanderer, sofern sie keine gültigen Reisedokumente und Visa besitzen. Ohne die Bereitschaft der DOI, das UNHCR auf die inhaftierten Flüchtlinge aufmerksam zu machen, kann den Tibetern, sobald sie einen gewissen Punkt im Rechtsverfahren der DOI überschritten haben, nicht mehr geholfen werden.

Wurden tibetische Flüchtlinge für schuldig befunden, die Einwanderungsgesetze verletzt zu haben, erhielten sie in den meisten Fällen außerordentlich hohe Geldstrafen. Die Bußgelder werden aufgrund der „nicht erhobenen“ Visumsgebühren kalkuliert, die theoretisch für die Beantragung

des Visums hätten entrichtet werden müssen und aufgrund einer Strafe für die Anzahl der Tage, die ohne gültige Papiere im Land verbracht worden sind. Können die Tibeter ihre Geldstrafe nicht bezahlen, werden sie zu einer Haftstrafe verurteilt, die in ungefährtem Zusammenhang mit der Höhe des geforderten Bußgelds steht.

Mitte Dezember 2002, eine Woche nachdem eine Delegation des US-amerikanischen Kongresses sich mit der DOI und mit Beamten des Innenministeriums getroffen hatte, um ihre Besorgnis über die Lage tibetischer Flüchtlinge zu besprechen, und nachdem der stellvertretende US-amerikanische Außenminister für Südasiens Nepal besucht hatte, verhaftete die nepalesische Polizei drei Neuankömmlinge aus Tibet: Einen fünfzehnjährigen Jungen, ein fünfzehnjähriges Mädchen und ihren dreißigjährigen Bergführer. Unbegreiflich schlechte Kommunikation zwischen dem UNHCR und dem TRTC verzögerte das Eingreifen des UNHCR in diesen Fällen, so dass die Tibeter inhaftiert blieben. Fünf Tage später wurde ihnen wegen illegaler Einwanderung eine Verwaltungsstrafe von 17.138 nepalesischen Rupees (€15) verhängt. Da keiner von ihnen in der Lage war, die Geldstrafe zu bezahlen, wurden sie jeweils zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Auch vehementer Widerstand ausländischer Botschaften und internationaler Organisationen vermochten die nepalesischen Behörden nicht umzustimmen. Alle drei wurden im Februar 2003 entlassen, nachdem Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen aus Besorgnis über die anhaltende Inhaftierung der Minderjährigen für ihre Bußgelder aufgekommen waren.

Tibeter, die auf ihrem Weg von Indien zurück nach Tibet verhaftet werden, trifft diese veränderte Haltung der nepalesischen Regierung besonders hart. Heimkehrende Tibeter, wie jene, von denen im Folgenden die Rede sein wird, sind meist Studenten, die ihre tibetische Schulausbildung in Indien beendet haben und zu ihren Familien oder religiöse Pilger (meist Mönche), die wieder in ihre Heimatklöster zurückkehren möchten, nachdem sie nach Indien gereist waren, um Belehrungen oder buddhistische Weihen, die es in Tibet nicht mehr gibt, zu erhalten.

Am 21. August 2001 wurden acht junge Tibeter auf ihrer Rückreise nach Tibet verhaftet, nachdem sie ihre Schulausbildung in Indien beendet hatten. Unter ihnen war auch eine neunzehnjährige zur Zeit der Verhaftung hochschwangere Frau. Ihnen wurde jeweils eine Geldstrafe von 121.897 nepalesischen Rupees (€1780) verhängt. Da sie dieses außerordentlich hohe Bußgeld nicht aufbringen konnten, wurden sie zu zehn Jahren Haft verurteilt. Im Dili Bazaar Gefängnis trafen sie auf zwei Mönche, die am 20. August 2001 in Kathmandu verhaftet worden waren, nachdem sie keine Flüchtlingspapiere vorweisen konnten. Beide Mönche waren zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt worden, da sie ihre Geldbuße von 205.359 nepalesischen Rupees (€3000) nicht bezahlen konnten.⁹

Der Säugling kam im Dili Bazaar-Gefängnis zur Welt und litt zusammen mit der Mutter schon bald unter gesundheitlichen Problemen. Ein deutscher Arzt,



**Dili Bazaar Gefängnis, Kathmandu
Hauptgefängnis, in dem tibetische Flüchtlinge
festgehalten werden.**

der sie untersuchte, diagnostizierte bei der Mutter zusätzlich zu ihrem geschwächten körperlichen Zustand Typhus. In Anbetracht ihrer ersten gesundheitlichen Lage organisierte der Arzt den Geldbetrag, um ihre Reststrafe von 121.897 nepalesischen Rupees (€1780) zu bezahlen.

Die Mutter und das Baby wurden in die Obhut des *Tibetan Refugee Transit Center* übergeben. In ihrem Fall war eine intensive internationale Brief- und Email-Aktion ins Leben gerufen worden. Die nepalesische Regierung ignorierte jedoch die zahlreichen Petitionen für eine Entlassung aus humanitären Gründen.

Während des gesamten Jahres 2002 stellten sowohl das UNHCR als auch besorgte westliche Botschaften wiederholt Nachforschungen zu dem Fall dieser elf Tibeter an und kontaktierten in mehreren Fällen auch das nepalesische Innen- und Außenministerium, um ein Gnadengesuch beim König zu unterstützen. Obwohl ihnen wiederholt mitgeteilt wurde, dass man sich um die Fälle kümmere, mussten sie zusehen, wie jeglicher Fortschritt zunichte gemacht wurde, als die Regierung kollabierte bzw. reorganisiert wurde.

Verhaftungen Mitte Mai 2002 unterstrichen die bedrohliche Situation für Tibeter, die ohne Papiere in Nepal leben. Zwei tibetische Männer, einer von ihnen war ein Mönch, wurden zusammen mit den anderen Tibetern im Dili Bazaar Gefängnis inhaftiert, nachdem sie in einem Restaurant in Bouddhanath, dem Zentrum des religiösen und kulturellen tibetischen Lebens in Kathmandu, verhaftet worden waren. Da sie nicht in der Lage waren, die hohen Einwanderungsgebühren zu bezahlen, wurden sie zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Berichten zufolge haben die Zufallskontrollen der nepalesischen Polizei nach Ausweispapieren bei Tibetern zugenommen - besonders in Bouddhanath. Die Passkontrollen stehen angeblich in Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand, der im Jahre 2002 von der Regierung ausgerufen worden war, um maoistischen Aktivitäten entgegenzuwirken. Ortsansässige Tibeter vermuten jedoch, dass sie Teil allgemeiner Bemühungen sind, in ihrer Gemeinde eine Atmosphäre der Unsicherheit zu verbreiten.

Zu Jahresbeginn 2002 wurden elf Tibeter wegen Einwanderungsdelikten in nepalesischen Gefängnissen festgehalten. Ende des Jahres waren es vierzehn. Obwohl diese Verhaftungen nur einen Bruchteil der Tibeter repräsentieren, die Nepal durchreisen, ist die ICT zutiefst besorgt über die negativen Entwicklungen in der Haltung der nepalesischen Regierung gegenüber Tibetern ohne Ausweispapiere.

Das Mandat des UNHCR in Kathmandu bezüglich der Neuankömmlinge aus Tibet besteht darin, ihren Status als „gefährdete Personen“ festzulegen, sie zu registrieren und ihre sichere und rasche Durchreise durch Nepal zu erleichtern. Das UNHCR betrachtet Tibeter in Nepal zunächst als Flüchtlinge, die es zu schützen gilt. Es gibt jedoch auch Gruppen, die für das UNHCR in eine Grauzone fallen. Dazu zählen beispielsweise religiöse Pilger, Eltern, die ihre noch kleinen Kinder zum Zweck der Schulbildung nach Indien bringen wollen, und andere Tibeter, die Nepal in beiden Richtungen mit der Absicht durchqueren, in naher Zukunft nach Tibet zurückzukehren.¹⁰ Obwohl diese Einzelpersonen theoretisch nicht unter die Definition von Flüchtlingen fallen, versucht das UNHCR, ihnen soweit als möglich behilflich zu sein.¹¹ Im Sinne des Mandates einer Einrichtung, die Flüchtlingen Schutz bietet, sieht sich das UNHCR in einer gewissen Verantwortung, dafür zu sorgen, dass dauerhaft legal in Nepal wohnende Flüchtlinge nicht diskriminiert oder schlechter Behandlung ausgesetzt werden.

Während des größten Teils des Jahres 2002 war das Büro des UNHCR in Kathmandu in Aufruhr: Es gab größere Personalwechsel als Folge eines Sexskandals in Flüchtlingslagern in Bhutan, die unter der Aufsicht des UNHCR standen. Sowohl der Direktor als auch der stellvertretende Direktor wurden im Herbst 2002 von ihren Posten suspendiert. Die damit einhergehende Verwirrung zog bedauerlicherweise ausgerechnet zu einer Zeit alle Aufmerksamkeit auf sich, als das Eingreifen des UNHCR unbedingt notwendig gewesen wäre, um den Rückzug Nepals vom „Gentlemen-Abkommen“ zu verhindern. Selbst eine nur kurze Verzögerung beim Eingreifen des UNHCR kann für tibetische Flüchtlinge den direkten Weg ins Gefängnis bedeuten.

Im November 2002 wurde aus Genf, dem Hauptsitz des UNHCR, ein geschäftsführender Direktor nach Kathmandu entsandt. Er kündigte zum Jahresende an, dass das Büro eine komplette interne Überprüfung seiner Politik bezüglich des Programms für tibetische Flüchtlinge in Angriff nehmen würde. Gleichzeitig drückte er eine große Verbitterung über die Unfähigkeit des UNHCR aus, seinem Auftrag zum Schutz der Flüchtlinge in dieser Region nachzukommen.¹² Ironischerweise war Nepals Zusicherung, die Regeln des UNHCR für Flüchtlingsangelegenheiten zu befolgen, das Hauptargument für Nepals Weigerung, der internationalen Flüchtlingskonvention beizutreten. Nepals Status als Nichtunterzeichner des Flüchtlingsabkommens und seine Zusicherung, den Regeln des UNHCR zu folgen, bedeuten für das UNHCR eine Schlüsselrolle in dem Prozess, die offizielle Politik gegenüber den tibetischen Flüchtlingen, den legal in Nepal lebenden Tibetern und den nach Tibet zurückkehrenden Tibetern zu entwickeln. Das UNHCR hat eine Gruppe herausragender Persönlichkeiten in Genf damit beauftragt, ein regionales Protokoll für Südasiens zu entwerfen, welches das Rahmenwerk für Flüchtlingsangelegenheiten in der Region bilden sollte. Die Gruppe erstellte zwar erfolgreich einen ersten Entwurf für ein Modell-Flüchtlingsgesetz für südasiatische Länder. Berichten zufolge blieb der Prozess jedoch bislang in einem sehr frühen Stadium stecken.



Links: Ein tibetischer Menschenrechtsbeobachter untersucht die Kopfwunde eines Mönchs aus Osttibet. Er erlitt den Hieb, als maoistische Rebellen versuchten, von der Gruppe Wegezoll zu erpressen. 09/02

Unten: Flüchtlinge warten im UNHCR Tibetan Refugee Transit Center in Kathmandu auf die sichere Weiterreise nach Indien.



Im Mai 2001 begann das TRTC, zeitlich begrenzt gültige Reisepapiere für Tibeter auf der Durchreise auszustellen. Obwohl das UNHCR den begrenzten Schutz vor Inhaftierung, den diese Papiere bieten konnten, schätzte, war es nicht gewillt, die Papiere unter seiner Federführung auszustellen. Genausowenig war das nepalesische Innenministerium dazu zu bewegen, eine Aussage über die Zweckmäßigkeit oder den Nutzen des Ausweises zu treffen. Der Ausweis, versehen mit einem Foto des Inhabers, bescheinigt auf Englisch, Nepalesisch, Hindi und Tibetisch, dass er oder sie für das UNHCR eine „gefährdete Person“ darstellt. Sobald ein Flüchtling Dharamsala, in Indien, erreicht, wird sein Pass zu den Akten gelegt. Sollte der Inhaber jemals wieder nach Tibet zurückkehren wollen, kann er seine Karte für die endgültige Übergabe an das TRTC in Kathmandu zurückfordern. Es werden einige Geschichten erzählt, in denen tibetische Rückkehrer der Inhaftierung in Nepal durch das Vorzeigen der Papiere entrinnen konnten. Das UNHCR war nicht in der Lage, sich über die Wirksamkeit dieses neuen Systems zu äußern. Tibetische Beamte in Kathmandu und Dharamsala deuteten an, dass das System reibungslos funktioniere.¹³

Leider wird das Büro des UNHCR in Kathmandu in naher Zukunft weiterhin von personeller Umstrukturierung, die bereits zu einem wesentlichen Verlust von Fachwissen und Erfahrung innerhalb des tibetischen Flüchtlingsprogramms geführt hat, geprägt sein. Ein Mindestmaß an Stabilität im Büro des UNHCR ist jedoch notwendig, um sich erfolgreich für die Tibeter in Nepal einsetzen zu können.

2002 wurde das Leben für Tibeter in Nepal zunehmend schwieriger. Dieselben Probleme, die wachsende Risiken für durchreisende Tibeter bedeuten – extreme politische Instabilität und wesentlicher chinesischer Einfluss – brachten auch negative Auswirkungen für die dauerhaft in Nepal lebende tibetische Gemeinde mit sich.

In Nepal ansässige Tibeter lassen sich in vier Kategorien einteilen: Tibeter, die im Besitz von Aufenthaltspapieren sind, illegale Einwanderer, nepalesische Staatsbürger und Khatsar-wa (Menschen mit einem ethnisch gemischten tibetisch-nepalesischem Hintergrund). Eine Volkszählung der nepalesischen Regierung vom Jahre 1997 zählte 15.400 Tibeter in Nepal. Schätzungen zufolge beläuft sich die Zahl der legal in Nepal lebenden und registrierten tibetischen Flüchtlinge derzeit auf 25.000.¹⁴ Die Gesamtsumme der Tibeter in Nepal, einschließlich der seit 1990 angekommenen illegalen Einwanderer und der nicht registrierten aber theoretisch legal in Nepal lebenden Tibeter wird um einige tausend höher geschätzt. Der Status und die Rechte der Tibeter in Nepal variieren entsprechend von illegalen Einwanderern ohne Rechte bis zu Inhabern von Aufenthaltspapieren, welche die im Folgenden beschrieben beschränkten Rechte genießen.

Ungefähr 85% der Tibeter in Nepal sind im Besitz von Aufenthaltspapieren, da sie sich vor 1990 angesiedelt haben. Wie zuvor erwähnt setzte die nepalesische Regierung 1989 der legalen Ansiedlung tibetischer Flüchtlinge in Nepal ein Ende. Dennoch sind hunderte legal in Nepal lebender Tibeter noch immer nicht im Besitz von Aufenthaltspapieren. Die nepalesische Regierung stellte den Tibetern 1974, 1995 und 1999 während einer Woche die Aufenthaltspapiere auf willkürliche Art und Weise aus. Kinder von Tibetern, die im Besitz von Aufenthaltspapieren sind, werden oft nicht registriert, obwohl sie dazu ab einem Alter von 16 Jahren berechtigt wären. Viele haben daher keinen Nachweis über ihren Rechtsstatus.

Die Aufenthaltspapiere garantieren den tibetischen Siedlern nur minimale Rechte – eine Aufenthaltsgenehmigung und eingeschränkte Bewegungsfreiheit in Nepal. Sie gewähren ihnen kein Recht auf eine Arbeitserlaubnis und erlauben ihnen nicht, Unternehmen zu gründen oder auf öffentlichen Hochschulen eine Ausbildung zu erhalten. Der Mehrheit der Tibeter in Nepal ist es nicht erlaubt, Eigentum zu besitzen - also auch keine Geschäfte oder Autos. Das Land, auf dem sich die meisten Tibeter angesiedelt haben, einschließlich der Flüchtlingslager, die in den sechziger Jahren errichtet wurden, sind Eigentum des nepalesischen Roten Kreuzes. Tibeter, die in Nepal ein Geschäft führen möchten, ziehen fast immer einen nepalesischen Staatsbürger zu Hilfe oder verwenden ein Geschäft, das sich in nepalesischem Besitz befindet, als Tarnung, wobei sie meist einen wesentlichen Teil ihrer Einnahmen an den Nepalesen abtreten müssen. Für eine Reise außerhalb Nepals, selbst wenn sie nur nach Indien führt, sind gesonderte Reisedokumente notwendig, die nur schwer zu erhalten sind.

Die tibetische Gemeinschaft hat sich für Nepals ursprüngliche Großzügigkeit erkenntlich gezeigt, indem sie sich darum bemüht hat, ein produktiver Teil der Gesellschaft zu werden: Die Tibeter haben in Nepal neue Industriezweige wie beispielsweise die Teppichweberei gegründet und das bestehende Fremdenverkehrsgewerbe durch ihre farbenprächtige Präsenz in Kathmandu und anderen Gebieten bereichert. Gleichzeitig bleiben die Tibeter jedoch weitgehend isoliert von der nepalesischen Gesellschaft. Sie können keine Staatsbürgerschaft erlangen und die meisten von ihnen leben entweder in Flüchtlingssiedlungen oder Gemeinden, die sich selbst von der nepalesischen Gesellschaft abgesondert haben. Unmut wird laut über den relativen wirtschaftlichen Erfolg einiger Tibeter. Gelegentlich werden die Tibeter zum Sündenbock für die sozio-ökonomischen Probleme Nepals gemacht.¹⁵ Die Vorsteher tibetischer Gemeinden haben von Fällen berichtet, in denen dieser Unmut von den Maoisten weiter geschürt wurde und zu gewalttätigen Übergriffen geführt hat. Ein Beispiel hierfür sind die Angriffe auf die tibetische Gemeinde in Pokhara im Februar 2001.¹⁶ Von derartigen Übergriffen wurde 2002 zwar nicht berichtet, doch fürchten viele Tibeter, die noch unter den psychologischen Wunden von Mao Zedongs politischem Kampf leiden, wieder zur Zielscheibe zu werden, sollten die Maoisten in Nepal an die Macht gelangen.

Ungefähr 10% der Tibeter in Nepal sind Schätzungen zufolge nicht im Besitz von gültigen Ausweispapieren. Darunter sind Tibeter, die nach 1989 in Nepal angekommen sind, ohne weiter nach Indien zu reisen, Tibeter aus Indien und viele Kinder von Elternpaaren, die im Besitz von Aufenthaltspapieren sind. Letztere sind streng genommen getrennt von den übrigen zu betrachten, da sie theoretisch keine illegalen Einwanderer, sondern lediglich nicht registrierte, aber legale Einwohner sind. Da sie jedoch keine Ausweispapiere besitzen, befinden sie sich in derselben riskanten Situation wie die anderen, sich illegal in Nepal aufhaltenden Tibeter.

In etwa 5% der Tibeter in Nepal konnte die nepalesische Staatsbürgerschaft entweder durch Heirat oder durch ihre Herkunft erhalten. Zusätzlich gibt es einen kleinen Prozentsatz von Tibetern in Nepal, die als „Khatsar-wa“ bezeichnet werden. Diese gemeinhin abschätzige Bezeichnung bedeutet soviel wie „Bastard“. Diese Tibeter haben meist eine tibetische Mutter in einer der Handelsregionen und einen nepalesischen Vater. 1959 hatten die chinesischen Behörden in Lhasa diese Tibeter vor die Wahl gestellt, entweder chinesische Staatsbürger zu werden oder Tibet zu verlassen und nach Nepal auszuwandern, was viele getan haben.

Die geographische Lage Nepals zwischen Indien und China bestimmte schon immer die Komplexität der nepalesischen Beziehungen zu seinen beiden mächtigen Nachbarn. Chinas Einfluss auf Nepal nimmt weiter zu. In einigen Gebieten äußert er sich als kaum wahrzunehmender Druck und in schleichenden Veränderungen, in anderen Gebieten zeigt er sich ganz unverhohlen.

Chinas wirtschaftliche Zuwendung ist für Nepal von großer Bedeutung, und die beiden Länder bauen ihren Grenzhandel, Tourismus und die Verkehrsverbindungen weiter aus. Laut *People's Daily* vom 11. Juli 2002, einer staatlichen chinesischen Nachrichtenagentur, wird Nepal von China als vorrangiges Land für Entwicklungshilfe betrachtet:

„China hat der nepalesischen Regierung seit 1956 62 mal kostenlose Wirtschaftshilfe zukommen lassen, die sich insgesamt auf 1.2415 Millionen RMB (€1,3 Milliarden) belaufen. Die chinesische Seite übernahm mit ihren Hilfeleistungen die Erstellung von 27 vollständigen Fabriken, von denen 25 bereits fertig gestellt wurden. Darunter befinden sich je ein Straßenbau-, Backstein- und Ziegelbetrieb, eine Papierfabrik, ein Wasserkraftwerk, eine Textilfabrik, eine Gerberei, eine Bewässerungsanlage, eine Zuckerraffinerie und ein internationales Konferenzzentrum. Des Weiteren stellte China 15 Hilfsladungen an Gütern und Materialien bereit, die aus Weizen, Tafelsalz, Lastwagen und Transportwagen bestanden. Chinas vertraglich zugesicherte Projekte und seine Zusammenarbeit mit Nepal begannen 1981. Bis zum Jahre 1999 ist die Anzahl der mit Nepal unterzeichneten Verträge auf 340 und ein Volumen von €595 Mio. gestiegen.“

Derselbe Bericht von *People's Daily* zitierte den nepalesischen König Gyanendra Bir Bikram Shah Dev mit dem Versprechen, dass „Nepal es nicht erlauben werde, dass das reibungslose Wachstum der bilateralen Beziehungen durch irgendetwas gestört werde, noch werde Nepal es zulassen, dass sein Territorium als Austragungsort von Aktivitäten genutzt werde, die den chinesischen Interessen entgegenlaufen.“ Daraufhin erwiderte der chinesische Präsident Jiang Zemin: „Wir danken Nepal aufrichtig für seine langjährige Unterstützung in Angelegenheiten wie Tibet, Taiwan und den Menschenrechten.“

Die chinesische Regierung unternahm besonders in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung in Tibet vermehrte Anstrengungen, ihre Propaganda in Nepal zu verbreiten. Am 17. Oktober 2002 flogen sechs Journalisten aus Kathmandu nach Lhasa für eine siebzehntägige, von der chinesischen Regierung vollständig bezahlten Reise zu verschiedenen Orten in der Autonomen Region Tibet. Der erste Artikel über diese Reise wurde am 2. September 2002 in der englischsprachigen Tageszeitung *Kathmandu Post* als erster einer siebenteiligen Reihe mit dem Titel „Die Akte Tibet“ veröffentlicht.¹⁷ Sowohl viele nicht-nepalesische Auswanderer als auch Nepalesen wandten sich in Briefen besorgt an den Autor, dass diese Artikel verfälschte Tatsachen oder kaum verschleierte chinesische Propaganda zum

Ausdruck brächten. Am 1. Oktober 2002 legte die *Kathmandu Post* die Sichtweise des chinesischen Botschafters in einem Interview dar, wobei die Schlagzeile „Anti-chinesische Aktivitäten sind nicht nur schädlich für China“ auf der Titelseite prangte. Wie diplomatische Quellen in Kathmandu berichten, erhebt die chinesische Botschaft in aggressiver Art und Weise Einspruch gegen andere Botschaften, die Kontakt mit Tibetern in Kathmandu unterhalten, die mit dem Dalai Lama oder der Exilregierung in Verbindung stehen.¹⁸

Die nepalesischen Behörden bestätigen den Druck von chinesischer Seite bezüglich der Behandlung von Tibetern in Nepal. Die fortwährende Einschränkung von Zusammenkünften von Tibetern, darunter auch unpolitische religiöse Anlässe und Gemeindefeste, ist bedrohlich. Beamte der nepalesischen Regierung haben zugegeben, dass diese Einschränkungen vorgenommen werden, weil öffentliche Aktivitäten der Tibeter in Nepal die nepalesisch-chinesischen Beziehungen gefährden. Jedoch stellten sie gegenüber der ICT auch fest, dass es den Tibetern solange erlaubt sei, Veranstaltungen zu organisieren, wie diese keine politischen oder „anti-chinesischen“ Aktivitäten darstellten.¹⁹

Der Vertreter des Dalai Lama in Kathmandu bemerkte, dass die Situation für Tibeter in Nepal instabiler sei als je zuvor. Obwohl die nepalesische Regierung die Position des Repräsentanten des Dalai Lama nicht offiziell anerkennt, ist sie traditionell mit einem gewissen Maß an Respekt verbunden, der die reichen und historischen religiösen und kulturellen Verbindungen zwischen Nepal und Tibet widerspiegelt. Der derzeitige Repräsentant hat sich persönlich an das Innenministerium gewandt, um die Hindernisse darzulegen, die es den Tibetern schwer machen, produktiv gestaltende Einwohner von Nepal zu sein.

In Gesprächen mit Beamten der nepalesischen Regierung empfahl er, den Tibetern zu erlauben „offiziell Geschäfte und Institutionen zu eröffnen und Arbeit aufzunehmen, so dass wir an den Hauptströmungen wirtschaftlicher und kultureller Aktivitäten des Landes teilhaben und einen konstruktiven Beitrag zu den Bemühungen der Regierung Seiner Majestät leisten können, das Land zu stärken. Wir sind bereit, alles in unserer Macht stehende zum Wohlergehen Nepals beizutragen, das zu uns all die Jahre so großzügig gewesen ist. Wir werden für immer in der Schuld der Regierung Seiner Majestät und des nepalesischen Volkes für ihre Güte und Gastfreundschaft stehen, die sie uns in unserer Notlage entgegengebracht haben.“ Im Namen der tibetischen Gemeinde gab er das Versprechen, dass „wir nichts unternehmen werden, was den Interessen Nepals schaden oder der Regierung Seiner Majestät Unannehmlichkeiten bereiten könnte.“ Er bat des weiteren um „die Freiheit, Seine Heiligkeit den Dalai Lama zu respektieren und zu verehren, wie es in der tibetischen Tradition angemessen ist, die kulturell, friedlich und unpolitisch ist.“

Die Ereignisse im Jahr 2002

15. Februar

Die Tibeter feiern das tibetische Neujahr (*Losar*) traditionell mit einem Gebet der Gemeinde für Weltfrieden und dem Aufstellen eines Portraits des Dalai Lama an der Boudhanath Stupa, dem religiösen Zentrum für tibetische Buddhisten in Kathmandu. 2002 hat die Polizei erstmals verboten, das Portrait öffentlich zu zeigen.

10. März

Eine friedliche und ruhige kleine Demonstration wurde von einer Gruppe junger Tibeter vor der chinesischen Botschaft in Kathmandu abgehalten. Die Polizei löste diese Demonstration auf, wobei sie die Tibeter mit Schlägen und Tritten attackierten. Die meisten der Tibeter wurden auf Polizeiwagen verladen und zu weit entfernten Orten gefahren, wo man sie freiließ.

28. April

Das nepalesische Innenministerium ordnete an, die Feierlichkeiten anlässlich des 13. Geburtstages des Panchen Lama und eine kulturelle Aufführung traditioneller tibetischer Tänze und Volkslieder, die der *Tibetische Jugendclub* geplant hatte, abzusagen.

6. Juli

Das nepalesische Innenministerium ordnete an, ein Abendessen zu Ehren des 67. Geburtstages des Dalai Lama im Hotel Radisson abzusagen. Der Repräsentant des Dalai Lama wurde von der Verwaltung des Hotels am Abend vor der geplanten Veranstaltung kontaktiert. Das Hotel habe strikte Anweisungen von der Polizei erhalten, „keinerlei Reservierungen für Empfänge oder Unterhaltungsprogramme von tibetischen Flüchtlingsgruppen anzunehmen.“

25. Juli

Eine vom Repräsentanten des Dalai Lama einberufene Pressekonferenz wurde durch die Ankunft der nepalesischen Polizei auf Anordnung des Innenministeriums verhindert. Mit der Pressekonferenz sollte Vorwürfen einer religiösen Sekte aus Kathmandu gegen den Dalai Lama begegnet werden. Zwei Tibeter wurden verhaftet, als sie der Polizei friedlich entgegentraten. Sie wurden verhört und anschließend wieder freigelassen.

2. September

Die Feierlichkeiten zum *Tag der Tibetischen Demokratie* wurden unterbrochen. Der Repräsentant des Dalai Lama wurde von der Polizei verhaftet und für den größten Teil des Tages unter Arrest gehalten.

10. Dezember

Nachdem sie die örtliche Polizei informiert hatten, durften die Tibeter den *Internationalen Tag der Menschenrechte* mit einer Gebetszeremonie begehen. Vor Beginn der Veranstaltung wurden sie von der Polizei angewiesen, keine Lautsprecher zu verwenden, keine Informationsbroschüren zu verteilen und in ihren Ansprachen nicht auf China anzuspielen.

Tibetische Flüchtlinge, die nach Indien in der Hoffnung einreisen, sich in einer der zahlreichen tibetischen Flüchtlingssiedlungen oder tibetischen buddhistischen Klöstern niederlassen zu können, haben keine Sicherheit, ob sie den Flüchtlingsstatus oder eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten werden. 2002 kam die Zentralverwaltung Seiner Heiligkeit des Dalai Lama (CTA) jedoch mit der indischen Regierung überein, dass das TRTC die Namen und Fotos der neuen tibetischen Flüchtlinge, welche die nepalesisch-indische Grenze in den Bussen des TRTC überqueren, weiterleitet und die indische Regierung diesen offiziell die Einreise gewährt.²⁰ Während die Behörden des CTA zufrieden mit dieser Verbesserung in den Angelegenheiten der indischen Neuansiedlungspolitik sind, wird vereinzelt berichtet, dass diese Regelung für einige Neuankömmlinge ein Problem darstellt, so dass sie nach Indien abreisen, ehe sie offiziell vom UNHCR und dem TRTC weitergeleitet werden.





Ein Empfangsbüro der chinesischen Regierung für zurückgekehrte „tibetische Genossen“. Diese Behörde in Tingri beschäftigt sich mit Tibetern, die einst in Tingri gelebt haben und eventuell noch viele Verwandte dort haben.

Offiziell hat China den im Exil lebenden Tibetern seit den achtziger Jahren erlaubt, sich um Reise genehmigungen nach China zu bewerben. Tatsächlich erfolgt die Ausgabe der Reisedokumente jedoch willkürlich und unzuverlässig. Im Februar 2002 hat die chinesische Botschaft in Kathmandu ein neues Verfahren eingeführt, um Besuche „patriotischer tibetischer Mitbürger aus Übersee“ bei ihren Familien und Freunden zu fördern und um „Buddha zu verehren“. Es gibt zwei unterschiedliche Arten von Aufenthaltsgenehmigungen: ein zeitlich begrenzter Pass für ein Jahr und ein Wiedereinbürgerungsausweis für diejenigen, die für immer nach Tibet zurückkehren wünschen.²¹ Es ist nicht sicher, ob Nepal Tibetern die Wiedereinreise gestatten wird, wenn ihre Aufenthaltsgenehmigung für Tibet ausläuft.

Obwohl China ein legitimes Interesse daran haben kann, Reisemöglichkeiten mit Nepal zu fördern, sind die Tibeter in Nepal skeptisch geblieben: Viele betrachten sie als mögliche gefährliche politische Finte, um sie zurück unter chinesische Überwachung zu locken. Tibeter mit gültigen Aufenthaltsgenehmigungen sind von der Polizei auf der tibetischen Seite der Grenze bis zu mehreren Monaten gefangen gehalten worden. In einigen Fällen hat die chinesische Botschaft in Kathmandu Bewerber um Aufenthaltsgenehmigungen angewiesen, ihre „Grünen Bücher“ auszuhändigen: Dokumente, die vom CTA allen Tibetern ausgestellt werden, die unter ihre Verwaltung fallen. China führt mit Sicherheit Buch über Tibeter, die aus dem Exil heimkehren. Es besteht Besorgnis unter Tibetern, die Reisen in die Heimat erwägen, dass das Bewerbungsverfahren zusätzliches Wissen über die tibetische Gemeinschaft innerhalb und außerhalb Tibets preisgibt. Sie fürchten, zu einem bereits vorhandenen Netzwerk von Informationen beizutragen, das auch Informationen darüber beinhaltet, wer mit wem politisch in Verbindung steht.

China bleibt freiwilligen Rückkehrern gegenüber misstrauisch: neue Haftanstalten wurden in der Nähe der Grenzübergänge errichtet. Verhöre finden zuerst in diesen Einrichtungen statt, dann in Lhasa, und zuletzt am jeweiligen Heimatort einige Zeit nach der Rückkehr nach Tibet. Rückkehrer haben Schwierigkeiten, in Tibet Arbeitsstellen zu finden, weil sie grundsätzlich unter Überwachung stehen. Es wird von ihnen gefordert, dass sie sich regelmäßig bei den örtlichen Behörden melden und versichern, dass sie sich nicht an „spalterischen“ oder politischen Aktivitäten beteiligen.²²



In „*Dangerous Crossing 2001*“ machte die ICT der nepalesischen und anderen Regierungen, dem UNHCR und betroffenen Nichtregierungsorganisationen eine Reihe von Empfehlungen, um die Situation tibetischer Flüchtlinge zu verbessern. Diese Empfehlungen wurden auf Umsetzung überprüft und entsprechend für diese Aktualisierung überarbeitet.

Für Regierungen und Nichtregierungsorganisationen wird empfohlen...

1. ...der indischen Regierung Anerkennung dafür auszusprechen, daß sie dem Dalai Lama und den Exiltibetern einen Zufluchtsort und fortwährende humanitäre Hilfe bietet und die finanzielle Belastung trägt, die eine solche Hilfe für Indien bedeutet.

Verbesserung: Die indische Regierung und das CTA haben eine Übereinkunft getroffen, um die Durchreise tibetischer Flüchtlinge zu erleichtern und um ihnen Ausweispapiere auszustellen. Im Jahre 2002 verlieh die ICT dem indischen Volk den *Light of Truth Award* in Anerkennung der humanitären Hilfe, die es dem tibetischen Volk in seiner Not zukommen lässt.

2. ...der nepalesischen Regierung Anerkennung für die Gastfreundschaft und Zuflucht, die sie den Exiltibetern geboten hat, auszusprechen. Jedoch sollte auch die Besorgnis über die Zwischenfälle geäußert werden, in denen Tibetern an der Grenze die Einreise verweigert wurde oder in denen durchreisende Tibeter in den Grenzregionen misshandelt wurden. Auch sollte die Gefangennahme und Inhaftierung tibetischer Flüchtlinge, die durch Nepal reisen, kritisch hervorgehoben werden.

Verschlechterung: Westliche Regierungen und Nichtregierungsorganisationen drängten die nepalesische Regierung weiterhin ohne sichtbaren Erfolg zu einer verbesserten Behandlung tibetischer Flüchtlinge. Eine Delegation des US-Kongresses, die im Dezember 2002 nach Nepal reiste, bemängelte, dass die nepalesischen Beamten unkooperativ seien und die Situation sich während des letzten Jahres verschlechtert habe.

3. ...darauf zu drängen, daß die nepalesische Regierung und das UNHCR das „Gentlemen-Abkommen“ durch Verträge schriftlich formalisieren.

Keine Verbesserung: Die nepalesischen Behörden zeigen kein Interesse daran, das Übereinkommen offiziell zu bestätigen. Von Seiten des UNHCR konnte die ICT keine Anstrengungen erkennen, Nepal zu einer offiziellen Regelung zu bewegen.

4. ...dem UNHCR für seine Kreativität bei der Entwicklung eines Systems, tibetische Flüchtlinge von den Grenzregionen nach Kathmandu zu bringen, Anerkennung auszusprechen.

Keine Verbesserung: Wegen eines Skandals, der im Jahre 2002 aufgedeckt wurde, konnte die internationale Gemeinschaft die Arbeit des UNHCR in Nepal nicht positiv hervorheben.

Für die nepalesische Regierung wird empfohlen...

5. ...das „Gentlemen-Abkommen“ zu respektieren, das allen tibetischen Flüchtlingen, die durch Nepal nach Indien reisen oder freiwillig nach Tibet zurückkehren, eine sichere Durchreise ermöglicht.

Verschlechterung: 2002 fanden weitere Verhaftungen von durchreisenden Flüchtlingen statt. Die nepalesische Einwanderungsbehörde hat diese Personen weder an das UNHCR übergeben noch hat sie mit dem UNHCR zusammengearbeitet, um deren sichere Weiterreise nach Indien zu ermöglichen.

6. ...das „Gentlemen-Abkommen“ zwischen der nepalesischen Regierung und dem UNHCR schriftlich festzuhalten und offiziell zu bestätigen.

Keine Verbesserung: Die nepalesischen Behörden zeigen kein Interesse daran, das Übereinkommen offiziell zu bestätigen. Von Seiten des UNHCR konnte die ICT keine Anstrengungen erkennen, Nepal zu einer offiziellen Regelung zu bewegen.

7. ...dem UNHCR auf Antrag zu gestatten, in die Grenzregionen zu reisen.

Keine Verbesserung: Das UNHCR erhielt im Jahr 2002 weder zur Überwachung noch zur Ausführung von Lehrgängen die Erlaubnis, in die Grenzregionen zu reisen.

Für das UNCHR:

8. Das UNHCR sollte sich aktiv bemühen, derzeit vorhandene Hindernisse für eine sichere Durchreise tibetischer Flüchtlinge durch Nepal aus dem Weg zu räumen. Eine offizielle Regelung des „Gentlemen-Abkommens“ würde hierzu wesentlich beitragen.

Keine Verbesserung: Das Büro des UNHCR in Kathmandu war vorrangig mit der Schadensbegrenzung wegen des Sexskandals im bhutanesischen Flüchtlingslager beschäftigt, der 2002 aufgedeckt wurde. Der geschäftsführende Direktor, der zum Ende des Jahres berufen wurde, schien zwar gewillt zu sein, sich aktiv um die Situation der tibetischen Flüchtlinge zu kümmern, jedoch reduziert seine begrenzte Amtszeit die tatsächliche Chance, dies während seiner Amtszeit umzusetzen.

9. Ein Sicherheitsbeamter mit entsprechenden Sprachkenntnissen (Nepalesisch/Tibetisch) sollte in der nepalesisch-tibetischen Grenzregion präsent sein.

Keine Verbesserung: Diese Forderung wurde leider nicht erfüllt. Darüber hinaus wurde der einzige Sicherheitsbeamte im Büro des UNHCR in Kathmandu, der Erfahrung in der Arbeit mit tibetischen Flüchtlingen hatte, vom Tibet-Programm abgezogen und dem bhutanesischen Flüchtlingsprojekt zugeteilt.

10. Tibetischen Flüchtlingen müssen Ausweispapiere ausgestellt werden, auf welchen ihr Ankunfts- und Ausreisedatum aus Nepal vermerkt ist und welche sie als „bedrohte Personen“ gemäß den Regeln des UNHCR ausweisen.

Verbesserung: Obwohl das UNHCR nicht erlaubte, ihr offizielles Siegel auf den Ausweispapieren, die vom TRTC ausgestellt werden, zu verwenden, bescheinigen die Ausweispapiere dennoch, dass der Inhaber für das UNHCR zum Kreis „bedrohter Personen“ zählt. Tibetische Beamte und das UNHCR haben festgestellt, dass diese Pässe ihre Inhaber in einzelnen Fällen schützen konnten. Das UNHCR sollte sich daher von seinem Unbehagen lösen und offiziell derartige Ausweispapiere ausstellen, um den größtmöglichen Schutz zu bieten.

11. Besseren Möglichkeiten sind erforderlich, die Grenzwachern und die Polizei in Kathmandu besonders in Zeiten größerer Fluchtwellen auf Menschenrechtslehrgängen zu schulen.

Keine Verbesserung: Das UNHCR erhielt im Jahre 2002 keine Erlaubnis, zu den Grenzregionen zu reisen – weder zur Beobachtung der Lage noch um Lehrgänge abzuhalten.

Weitere Verbesserungsvorschläge für das Jahr 2002-2003:

1. Das UNHCR sollte ermutigt werden, seine Übersicht über die Flüchtlingspolitik gegenüber Tibetern fertig zu stellen und vehement auf ein formales Memorandum des gegenseitigen Verständnisses (Memorandum of Understanding, MOU) mit der nepalesischen Einwanderungsbehörde und dem Innenministerium zu drängen. Dieses Memorandum sollte das „Gentlemen-Abkommen“ für eine sichere Durchreise tibetischer Flüchtlinge durch Nepal widerspiegeln und regelmäßige Lehrgänge für die nepalesische Grenzpolizei sicherstellen.

2. Interessierte ausländische Botschaften sollten verstärkt diplomatischen und wirtschaftlichen Einflüsse geltend machen, um sicherzustellen, dass die nepalesische Regierung die grundlegenden Menschenrechte der in Nepal ansässigen Tibeter respektiert und den tibetischen Flüchtlingen auf ihrer Durchreise durch Nepal den vollen Schutz des UNHCR zugesteht.

¹ Pdf Datei unter <http://www.savetibet.org/store/store.cfm>, klicken auf *Dangerous Crossing*, klicken auf "Download" am Ende der Seite.

² *TIN News Update, Decline in Refugee Numbers as China and Nepal Tighten Security on Tibetan Border*, 2. Januar 2002

³ Xinhua, 16. Oktober 2001, wie von TIN zitiert in *TIN News Update, Decline in Refugee Numbers as China and Nepal Tighten Security on Tibetan Border*, 2. Januar 2002

⁴ Interviews der ICT mit Neuankömmlingen und Mitarbeitern des *Tibetan Refugee Transit Centers* in Kathmandu, Nepal, 14. Dezember 2002

⁵ Interview der ICT mit einem tibetischen Beamten in Kathmandu, Nepal, 12. Dezember 2002

⁶ International Campaign for Tibet, *Dangerous Crossing*, Washington 2002, Seite 26

⁷ *TIN News Update*, 24. Dezember 2001

⁸ *TIN News Update*, 24. Dezember 2001, Seite 14-15

⁹ Der Tibeter mit der höchsten Geldstrafe ist ein anderer Mönch, der in Jiri nahe der nepalesisch-tibetischen Grenze am 22. Juni 2000 verhaftet wurde. Er war nicht in der Lage, die 729.360 nepalesischen Rupee (€9050) zu bezahlen und verbüßt daher eine zehnjährige Gefängnisstrafe.

¹⁰ Interview der ICT mit Angestellten des UNHCR, Kathmandu, Nepal, 12. Dezember 2002

¹¹ Interview der ICT mit Angestellten des UNHCR, Kathmandu, Nepal, 12. Dezember 2002

¹² Interview der ICT mit dem geschäftsführenden Direktor der UNHCR Abraham Abraham, Kathmandu, Nepal, 12. Dezember 2002

¹³ Interview der ICT mit Angestellten des UNHCR und tibetischen Beamten in Kathmandu, Nepal, und Dharamsala, Indien, im Dezember 2002

¹⁴ Interview der ICT mit Staatssekretär Tika Narula, nepalesisches Innenministerium, Kathmandu, Nepal, 13. Dezember 2002

¹⁵ *Tibet Justice Center*, Seite 85

¹⁶ *Tibet Justice Center*, Seite 86

¹⁷ *Kantipur Daily* ist die nepalesische Version. *Kathmandu Post*, „Tibet File“, 2. September 2002

¹⁸ Interview der ICT mit anonymen diplomatischen Quellen, Kathmandu, Nepal, Dezember 2002

¹⁹ Interview der ICT mit Staatssekretär Tika Narula, nepalesisches Innenministerium, Kathmandu, Nepal, 13. Dezember 2002

²⁰ Interview der ICT mit Kalon Tripa Samdhong Rinpoche, Dharamsala, Indien, Dezember 2002

²¹ *TIN News Update*, 1. Mai 2002

²² Interview der ICT mit einem Mann, der vor kurzem aus dem Exil nach Tibet zurückgekehrt ist, Kandze, Autonome Präfektur Tibet, Februar 2003



CTA	Central Tibetan Administration Zentralverwaltung Seiner Heiligkeit des Dalai Lama
DOI	Department of Immigration Einwanderungsbehörde
ICT	International Campaign for Tibet
MOU	Memorandum of Understanding Memorandum gegenseitigen Verständnisses
RMB	Ren Min Bi (Yuan, Chinesische Währung) EUR 1 = ca. 9 Yuan
TIN	Tibet Information Network
TRTC	Tibetan Refugee Transit Centre Durchgangszentrum für tibetische Flüchtlinge
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen



Marienstr. 30
10117 Berlin
Germany

T 030-27879086

F 030-27879087

E ict-d@savetibet.org

ICT Europe

Keizersgracht 302
1016 EX Amsterdam
Niederlande

T +31-20-330-8265

F +31-20-330-8266

E icteurope@savetibet.org

ICT

1825 K Street, NW
Suite 520
Washington, D.C.,
20006
USA

T +1-202-785-1515

F +1-202-785-4343

E info@savetibet.org

Gefährliche Flucht: Bedingungen tibetischer Flüchtlinge - Aktualisierung 2002

© 2003 International Campaign for Tibet Deutschland e.V.

Herausgegeben in Deutschland

ISBN: 1-879245-24-8

Die International Campaign for Tibet (ICT) tritt für die Einhaltung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes ein. Seit über 40 Jahren hält die chinesische Regierung Tibet besetzt. ICT wurde 1988 gegründet und hat Büros in Washington, D.C., Amsterdam und seit Dezember 2002 in Berlin.

www.savetibet.de